

Datum

1. Februar 2011

"Religionsfreiheit ist ein unveräußerliches Menschenrecht"

ZdK-Präsident Glück setzt sich für verfolgte Christen ein

In einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Alois Glück, für den Schutz verfolgter Christen eingesetzt. Weltweit seien in allen Religionen Menschen aufgrund ihres Glaubens von Diskriminierung und Verfolgung betroffen, schreibt Glück. Zahlenmäßig seien jedoch derzeit vor allem Christen, gleich welcher Konfession, in Bedrängnis.

"Die Religionsfreiheit ist ein primäres und unveräußerliches Menschenrecht", so Glück wörtlich. "Das ZdK hält es angesichts der Entwicklung für wichtig und dringlich, dass die Bundesregierung in ihrer Außen-, Entwicklungs- und Handelspolitik die Respektierung der Rechte religiöser Minderheiten mit Nachdruck zum Thema macht. Dies gilt sowohl für ihre bilateralen Beziehungen als auch für die Außenbeziehungen der EU mit Drittstaaten; durch den Sitz im UN-Sicherheitsrat ist Deutschland auf internationaler Ebene zudem derzeit noch ein zusätzliches Instrument in die Hand gegeben." Er dankt der Bundeskanzlerin ausdrücklich dafür, dass sie es als eine Verpflichtung der Bundesregierung ansehe, in ihrem politischen Handeln für Glaubens- und Religionsfreiheit einzutreten.

Christen aus dem Irak in Deutschland aufnehmen

Zum notwendigen Schutz von Christen zählt für den Präsidenten des ZdK auch, dass eine Lösung für die weitere Aufnahme von irakischen Flüchtlingen in Deutschland gefunden wird. Die Sicherheits- und politische Lage für Minderheiten im Irak habe sich bislang kaum verbessert. Viele Flüchtlinge könnten nicht in ihr Land zurückkehren, da es dort im Zuge einer zunehmenden Islamisierung der Gesellschaft nach wie vor zu Übergriffen auf Christen komme und es ihnen somit an einer Lebensperspektive fehle.

Glück bedauert, dass das Bundesinnenministerium eine weitere Aufnahme mit dem Hinweis ablehnt, Priorität habe eine Rückkehr der Flüchtlinge in den Irak. Zwar habe Deutschland in den vergangenen zwei Jahren bereits in Kooperation mit dem UNHCR 2.500 irakische Flüchtlinge – darunter viele Christen – aufgenommen und tausende hätten darüber hinaus einen Asyl- oder Flüchtlingsstatus erhalten, angesichts der erschreckenden Zahlen, dass mittlerweile 800.000 der vormals 1,2 Mio. irakischer Christen aus dem Irak geflohen seien, dürfe die Bundesrepublik die Aufnahme weiterer Flüchtlinge nicht verweigern, so Alois Glück.

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 28 **Fax** +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de **Web** www.zdk.de

Herausgeber
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher